

11.9.2026

Elternbefragung an Grundschulen im Rahmen des Steuerungsinstruments Oberstufenkapazitäten

Stellungnahme der GEW Wuppertal zur Vorlage des Ausschusses für Schule und Bildung - VO/1061/26

Die GEW begrüßt das Ziel, eine verlässliche und vorausschauende Kapazitätsplanung für die Oberstufen in Wuppertal zu entwickeln. Eine solche Planung ist notwendig und muss auf einer belastbaren Datengrundlage erfolgen.

Gerade deshalb sieht die GEW die geplante Befragung aller Eltern von Grundschulkindern kritisch.

Elternwünsche sind keine belastbare Prognose für den tatsächlichen zukünftigen Bedarf an Oberstufenkapazitäten. Zwischen der Befragung in der Grundschule und dem möglichen Besuch einer Oberstufe liegen viele Jahre. In dieser Zeit verändern sich Bildungswege, Leistungen, Interessen und familiäre Entscheidungen. Was Eltern heute wünschen, kann mit der tatsächlichen späteren Schulwahl wenig zu tun haben.

Hinzu kommt: Die Befragung wird voraussichtlich freiwillig sein. Damit stellt sich zwangsläufig die Frage nach ihrer Repräsentativität. Wer nimmt teil – und wer nicht? Besonders engagierte und ressourcenstarke Eltern könnten überrepräsentiert sein, während andere Gruppen deutlich schlechter erreicht werden. Auch eine ausschließlich online durchgeführte Befragung kann zu zusätzlichen Verzerrungen führen.

Aus Sicht der GEW steht der erhebliche Aufwand zudem in keinem überzeugenden Verhältnis zum erwarteten Erkenntnisgewinn. Die Befragung verursacht Kosten und zusätzlichen organisatorischen Aufwand. Am Ende werden insbesondere die Grundschulen bei Information, Unterstützung und Kommunikation mit den Eltern erheblich belastet. Die Schulen brauchen jedoch Entlastung statt neuer bürokratischer Aufgaben.

Die GEW fordert deshalb:

Eine Kapazitätsplanung muss sich in erster Linie an den tatsächlichen Entwicklungen orientieren – nicht an unverbindlichen Wunschvorstellungen.

Entscheidend sind belastbare Daten zu Schüler*innenzahlen, Übergangsquoten, Anmeldungen, tatsächlichen Bildungswegen, Jahrgangsstärken und vorhandenen Kapazitäten. Diese Daten müssen den Kern des Steuerungsinstruments bilden.

Eine Elternbefragung kann allenfalls ergänzende Hinweise liefern. Sie darf jedoch nicht mit einer belastbaren Bedarfsprognose verwechselt werden.

Die GEW fordert daher, vor der Durchführung einer flächendeckenden Elternbefragung deren Kosten, Aufwand und tatsächlichen Erkenntnisgewinn kritisch zu überprüfen. Eine zielgerichtete Befragung entscheidungsnaher Jahrgänge könnte sinnvoller, aussagekräftiger und deutlich ressourcenschonender sein.

Unser Fazit:

Ja zu einer vorausschauenden Kapazitätsplanung. Aber mit belastbaren Daten statt mit einem aufwendigen Instrument, dessen Aussagekraft für die tatsächliche Planung fraglich bleibt.